

David Paul

Die Arbeitsgruppe „Begegnungswoche“

Zur Entstehung und Vorbereitung der „Internationalen Tage der Begegnung“ 1990 in Stadtallendorf im Kontext der gesamtdeutschen Entwicklung von Einladungsprogrammen für Opfer des NS-Regimes

Vorbemerkung: Das Essay fasst Ergebnisse eines achtwöchigen Forschungspraktikums am DIZ Stadtallendorf zusammen.

Einleitung

Unter dem Motto *Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung* fand 1990 in Stadtallendorf eine Woche statt, die tief im öffentlichen Gedächtnis der Stadt verankert ist. Bei diesem Ereignis handelt es sich um die Begegnungswoche mit 168 ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiterinnen. Diese Begegnungswoche war darüber hinaus ein zwischenzeitlicher Höhepunkt von tiefgreifenden Nachforschungen bezüglich lokaler NS-Geschichte, wie auch ein Zwischenschritt in der Etablierung des heutigen DIZ.

Diese Begegnungswoche ist sehr gut in dem Buch *Das Geheimnis der Versöhnung heißt Erinnerung* festgehalten. **In diesem Text soll erstmals die spannende Zeit der Vorbereitung und Planung der Begegnungswoche dargestellt werden.** Dafür wurden die Protokolle der Arbeitsgruppe, welche die Geschichte Allendorfs zur Zeit des Nationalsozialismus aufarbeitete, bezüglich den Vorbereitungen der Begegnungswoche studiert. Durch den Fokus auf die Vorbereitung und Planung der Begegnungswoche soll nachvollziehbar werden, was die Mitglieder der Arbeitsgruppe in den 4 Jahren der Planung umtrieb, welche Problemstellungen es gab und welche Hürden genommen werden mussten.

Die Begegnungswoche in Stadtallendorf besaß allein durch die Zahl an eingeladenen Personen Alleinstellungsmerkmal, doch auch andere Städte und Gemeinden in Deutschland luden in den 80er und 90er Jahren ehemalige Zwangsarbeiter*innen ein. Darum soll in diesem Text auch auf den gesamtdeutschen Kontext von Begegnungs-

wochen als eine neue Methode der gesellschaftlichen Erinnerung eingegangen werden.

Entstehung der „Internationalen Tage der Begegnung“ 1990 in Stadtallendorf

In folgendem Abschnitt sollen chronologisch, aus den Protokollen der Arbeitsgruppe hervorgehend, die Planungsschritte für die Begegnungswoche dargestellt werden.

In den Jahren 1982 und 1983 erforschten Schüler*innen der Gesamtschule Stadtallendorf und der Gesamtschule Kirchhain im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten mit dem Titel *Alltag im Nationalsozialismus* die Geschichte der Rüstungsbetriebe in Stadtallendorf. Die Arbeit der beiden Schülergruppen stieß in der Öffentlichkeit zunächst auf unterschiedliche Reaktionen. Bis in das Jahr 1985 wurden die Bitten um die Errichtung eines Gedenksteins auf dem Gelände des ehemaligen KZ Münchmühle und die Erinnerung an diese Jüdinnen vom Magistrat der Stadt Stadtallendorf zurückgewiesen. Der Zugriff auf regionalhistorische Quellen war in den ersten beiden Jahren nach Erscheinen der Forschungsberichte der beiden Schülergruppen nicht möglich.¹

Nach einigen Jahren entschied sich die Stadtverordnetenversammlung von Stadtallendorf jedoch für eine umfassende Aufarbeitung der NS-Zeit in Stadtallendorf. Diese Entwicklung mündete in die Konstituierung einer Arbeitsgruppe im Jahr 1986 und die Einstellung von anfangs zwei und später drei Historiker*innen im Rahmen von AB-Maßnahmen. Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass die Arbeit der Arbeitsgruppe von der Stadt finanziert wurde, was unter anderem aus einem Protokoll vom Februar 1987 hervorgeht.

Am 25.11.1986 traf sich die Arbeitsgruppe zur Aufarbeitung der Zeit des Nationalsozialismus in Stadtallendorf zum ersten Mal, bestehend aus Lehrern der Gesamtschule Stadtallendorf, Vertreter*innen aus Politik und Stadtverwaltung und dem Bürgermeister. In der zweiten Sitzung der Arbeitsgruppe 1986 wurden Arbeitsschwerpunkte definiert, welche unter anderem den Einsatz von zwei

¹ Vgl.: Vaupel, Dieter: Spuren, die nicht vergehen. Kassel: Verlag Gesamthochschul-Bibliothek Kassel 2001, 252ff.

Historiker*innen im Rahmen von AB-Maßnahmen, die Erstellung einer Liste noch lebender ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiterinnen, eine USA Reise zwecks Erfassung von Akten und die Gestaltung des Aufbaugesbüdes (das heutige DIZ) umfassten. In den ersten beiden Sitzungen wird ein Kontakt mit der Geschichtswerkstatt in Hessisch-Lichtenau deutlich.

Hessisch Lichtenau

In Hessisch-Lichtenau nahe Kassel wurde im zweiten Weltkrieg, ähnlich wie in Stadtallendorf, eine große Rüstungsproduktion errichtet. Auch hier wurden Zwangsarbeiter*innen eingesetzt und es gab ein Außenlager des KZ Buchenwald. In Hessisch-Lichtenau wurde 1984 eine Arbeitsgruppe eingerichtet.² Diese Arbeitsgruppe stellte zwei Historiker*innen ein. 1986 wurde ein Gedenkstein errichtet. 1987 wurde die "Geschichtswerkstatt Hessisch Lichtenau/Hirschhagen, die sich weiter mit dem KZ-Außenlager beschäftigte, gegründet. Diese Initiative hatte das Ziel, die Erinnerung, unter anderem durch Besuche von ehemaligen KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiter*innen, wachzuhalten. 1986 und 1987 kamen 40 ehemalige Zwangsarbeiter*innen auf Einladung der Geschichtswerkstatt und Unterstützung durch die Stadt, den Kreis, Land und Bund nach Hessisch-Lichtenau.³ Anders als in Stadtallendorf wurden in Hessisch-Lichtenau jedoch nicht ausschließlich ehemalige jüdische Zwangsarbeiter*innen eingeladen.

Darüber hinaus gab es Kontakt mit den Gedenkstätten in Salzgitter, dem KZ Breitenau in Hessen und Flossenbürg, welche unter anderem besucht wurden. Leider wird für alle Kontakte mit anderen Arbeitsgruppen und Gedenkstätten aus den Protokollen nicht ersichtlich, wie diese konkret zustande kamen. Interessant wäre hier vor allem zu erfahren, zu welchem Grad eine Zusammenarbeit stattgefunden hat und auf welche Art und Weise Erfahrungen ausgetauscht wurden.

² Vgl.: Ebd. S.279 ff.

³ Vgl.: Ebd. S.283

KZ Breitenau

Das KZ Breitenau war 1979 „wiederentdeckt“ und unzählige Akten von über 3000 Schutzhaftgefangenen durch Studierende und Mitarbeitende der Uni Kassel aufgearbeitet. Diese Arbeit mündete 1982 in eine Ausstellung, die unter dem Titel *Erinnern an Breitenau 1933-1945* in Kassel gezeigt wurde. 1984 wurde die Gedenkstätte Breitenau eingerichtet.

Die Arbeitsgruppe aus Stadtallendorf stand vor allem mit Herrn Dr. Krause-Vilmar von der Uni Kassel in Verbindung, der eine wichtige Rolle in der Aufarbeitung der Geschichte des KZ Breitenau spielte und unter anderem Hinweise auf Listen ehemaliger jüdischer Zwangsarbeiter*innen geben konnte. Bei der zweiten Sitzung im Dezember 1986 wurde zudem die Einweihung der Gedenkstätte auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Münchmühle, in dem die 1000 ungarischen Jüdinnen gefangen gehalten wurden, thematisiert. Die Frage kam auf, ob ehemalige Zwangsarbeiterinnen zu der Einweihung eingeladen werden sollen. Allerdings war die Zeit bis zur geplanten Einweihung des Gedenksteins im ehemaligen KZ Außenlager Münchmühle im Mai 1987 zu knapp, um Adressen von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen ausfindig zu machen und die Idee wurde fallengelassen. Jedoch wurde zum ersten Mal ein *Ehemaligentreffen* erwähnt und von Bürgermeister Vollmer, der an dieser Sitzung teilnahm, nicht ausgeschlossen.

Ein wichtiger Punkt der ersten Sitzungen der Arbeitsgruppe in den Jahren 1986-1988 war die Beschaffung von Adressen ehemaliger Zwangsarbeiter*innen. Diese Aktivität hatte primär die Funktion durch Zeitzeug*inneninterviews, durchgeführt durch die AB-Kräfte, Hintergrundwissen unter anderem über das Lager Münchmühle und die Zwangsarbeit in den beiden Rüstungswerken zu erlangen. Zusätzlich wurde auf dem Fragebogen nach dem Wunsch eines Besuches von Stadtallendorf im Rahmen eines Ehemaligentreffens gefragt. Diese Frage stieß auf große Resonanz, was die Arbeitsgruppe zu dem Beginn von konkreten Planungen eines solchen Ehemaligentreffens bewegte. Interessant wäre hier zu erfahren, wie es zu der Formulierung der Frage nach dem Wunsch eines Ehemaligentreffens auf dem Fragebogen kam, was aus den Protokollen jedoch leider nicht hervorgeht.

1987 konkretisieren sich die Planungen für die Begegnungswoche in Stadtallendorf. Dabei wird auch auf Erfahrungswerte der Begegnungswoche in Hessisch-Lichtenau zurückgegriffen. Erste Überlegungen beziehen sich auf die Thematik der Entschädigungen der Zwangsarbeiterinnen, die Unterbringung in Gastfamilien, das Stimmungsbild und Erwartungshaltungen der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und einen möglichen ersten Ablauf.

1988 lagen die Erwartungen für das Ehemaligentreffen noch nicht über 100 Anmeldungen, wobei bereits 537 ehemalige jüdische Zwangsarbeiterinnen kontaktiert wurden. Ebenfalls war ab 1988 eine verstärkte Ausstrahlung der Arbeitsgruppe in die Stadtallendorfer Öffentlichkeit auszumachen, so wurde unter anderem eine Wanderausstellung der IG Metall Wetzlar mit dem Titel „Ausländische Zwangsarbeiter in Wetzlar 1939-1945“ gezeigt und zwei Stadtrundfahrten durch Stadtallendorf zur Thematik Zwangsarbeit durchgeführt. Leider geht aus den Protokollen nicht hervor, wer diese Stadtrundfahrten durchführte.

IG Metall Wetzlar

Die IG Metall Wetzlar arbeitete unter Mitarbeit eines Historikers in den 1980er Jahre die Zwangsarbeit zur Zeit des Nationalsozialismus, eingebettet in die Stahlindustrie Wetzlars, auf. Dabei entstand 1986 eine Ausstellung zu der Thematik der Zwangsarbeit im Nationalsozialismus, im Laufe derer auch ehemalige Zwangsarbeiter*innen nach Wetzlar eingeladen wurden.

Anfang 1989 verzeichnete die Arbeitsgruppe 485 Anmeldungen für die Begegnungswoche und ein Termin für diese wurde gesucht. Darüber hinaus sollte ein Förderverein gegründet werden, der die Arbeitsgruppe bei der Planung des Ehemaligentreffens entlasten sollte. Auch wurden ehemalige Zwangsarbeiterinnen in Ungarn besucht und ihr Wunsch, bei der Begegnungswoche den Verlauf des Evakuierungsmarsches mit Bussen abzufahren und das Treffen mit ihren alten Leidensgenossinnen in den Vordergrund zu stellen, aufgenommen. Dieses Treffen in Ungarn wird in den

Protokollen am Rande erwähnt, interessant wäre hier vor allem zu erfahren wie dieses Treffen zustande kam und wie es konkret ablief.

Mitte 1989 waren die Planungen für die Begegnungswoche so weit fortgeschritten, dass trotz teilweiser ungeklärter Finanzierung von der Arbeitsgruppe festgehalten wird, dass diese Begegnungswoche stattfinden muss und nicht mehr abgesagt werden kann. Finanzielle Mittel waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht durch die zuständigen Gremien der Stadt Stadtallendorf bewilligt worden. Auch um die Klärung der offenen Frage der Finanzierung der Begegnungswoche in Angriff zu nehmen sollte der Förderverein gegründet werden. Ende 1989 wurde ein Finanzplan erstellt und Fragen wie die Bereitstellung von koscherem Essen und die Reservierung von Hotelbetten werden behandelt. Auch die Einbindung von Schüler*innen wurde thematisiert.

Anfang 1990 wurde eine Bürgerversammlung zur Einbindung der Stadtallendorfer Öffentlichkeit in die Begegnungswoche geplant. Außerdem wurde ein Vorbereitungsseminar der Friedrich-Ebert-Stiftung mit zwei ehemaligen Zwangsarbeiterinnen, die hierfür aus Ungarn und Israel anreisten, in Freudenberg durchgeführt. Interessant wäre hier zu erfahren, wie es zu der Idee, dieses Vorbereitungsseminar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung durchzuführen, kam und wie die Einladung und Teilnahme der zwei ehemaligen Zwangsarbeiterinnen zustande kam. Bei diesem Vorbereitungsseminar stand die Planung der Begegnungswoche wie z.B. das konkrete Programm über fünf Tage, die Unterbringung in Hotels, An- und Abreise oder Verpflegung im Vordergrund. Auch die Durchführung von Interviews von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen während der Begegnungswoche durch Herrn Vaupel von der Gesamthochschule Kassel mit der Unterstützung von Kasseler Schüler*innen unter der Anleitung von Herrn Horn war ein Thema.

Zunehmend wurden lokale Institutionen wie die katholische- und evangelische Kirche oder der Stadtjugendring in die Planung einbezogen und im März 1990 erklärten sich 123 Stadtallendorfer*innen bereit, ehemalige Zwangsarbeiterinnen aufzunehmen. Freiwillige Mitarbeiter*innen sollten über die Geschichtswerkstatt Marburg und den

Gedenkstättenrundbrief der Aktion Sühnezeichen für die Begegnungswoche gefunden werden.

In der letzten Sitzung vor Beginn der Begegnungswoche kam das Thema der Sensibilisierung und Schulung von Mitarbeiter*innen und Helfer*innen auf. Interessanterweise wird im Protokoll die Feststellung notiert, dass die Begegnungswoche nicht mehr als das Stadtallendorfer Soldaten- oder Heimatfest kosten wird.

Immer wieder kam in den Protokollen der Stadtallendorfer Arbeitsgruppe der Punkt der noch nicht geleisteten Entschädigungszahlungen und die Erwartungshaltung der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen auf, was sich unter anderem auf den Kontakt mit der Geschichtswerkstatt in Hessisch Lichtenau und deren Erfahrung mit der Begegnungswoche 1986/87 zurückführen lässt.

Besuchsprogramme für Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland

Zunächst soll die Entwicklung von Begegnungswochen anhand von Einladungsprogrammen für geflohene jüdische Bürger*innen im Kontext der deutschen Erinnerungskultur⁴ dargestellt werden, um anschließend auf die Entwicklung von Besuchsprogrammen und Begegnungswochen für ehemalige Zwangsarbeiter*innen eingehen zu können.

Ausgehend von einem Unbehagen des vorherrschenden Erinnerns an die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland kam es in den 1980er Jahren zu dem sogenannten Memory Boom. War bis zu seinem Beginn das Gedenken auf die positiven und heroischen Elemente des Nationalsozialismus beschränkt, wie z.B. der Tod für das Vaterland, wurden, auch angestoßen durch den 1979 veröffentlichten Film Holocaust von Steven Spielberg, nun vermehrt die Opfer des Nationalsozialismus in den Fokus genommen. Dieser Wandel der Erinnerungskultur war ein Phänomen, welches nicht auf Deutschland und auch nicht auf den Kontext des 2. Weltkriegs beschränkt war. So zum Beispiel auch in Lateinamerika eine Aufarbeitung von

⁴ Als Erinnerungskultur wird, angelehnt an Schober, die Art und Weise, wie Geschichte kollektiv erinnert wird, verstanden. Vgl.: Schober, Larissa: Memory Boom. Über die Schwierigkeiten der Erinnerungskultur [(URL: <https://www.linksnet.de/artikel/47795>) abgerufen am 24.01.2021] Seitenzahlen fehlen

Militärdiktaturen. Im Zuge des Memory Booms wurden auch neue Methoden wie z.B. Oral History, bei der der Fokus der Geschichtsschreibung auf Augenzeug*innenberichte gelegt wird, für die Erforschung und das Wachhalten von Erinnerung herangezogen.⁵

Dies ist im Fall der Arbeitsgruppe von Stadtallendorf gut nachzuvollziehen, bei der ein wichtiger Grundstein die Befragung von Zeitzeug*innen war. Im Protokoll der 3. Sitzung ist ein Vortrag von Barbara Händler-Lachmann protokolliert, bei der sie Oral History als eine Methode vorstellt, bei der der Schwerpunkt auf der mündlichen Überlieferung, der Zeug*innenbefragung mit dem Ziel, die Lebensumstände derjenigen darzustellen, welche die Geschichte weniger machten, als vielmehr erlitten und deren Schicksal die ältere Geschichtsschreibung oftmals vernachlässigte.

Durch diesen Memory Boom kam es auch zu einer verstärkten Beschäftigung mit der Shoah und zu einer Welle von Einladungen ehemaliger, geflohener jüdischer Bürger*innen. 82,6% deutscher Städte haben Meyer zufolge bis in die 90er Jahre solch ein Einladungsprogramm aufgelegt.⁶

Diese Besuche waren durch eine Erwartungshaltung ehemaliger, geflohener jüdischer Bürger*innen geprägt, alte Leidensgefährte*innen wiederzutreffen, die Stätten der Inhaftierung und die Arbeitsstätte wiederzusehen und Informationen über die Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland zu bekommen. Die Städte wiederum wollten sich Meyer zufolge den Opfern des Nationalsozialismus als wiederaufgebaute Städte präsentieren und den Besuch als eine Art Urlaub gestalten.⁷

Ehemalige Zwangsarbeiter*innen in Deutschland

Die Erforschung von Zwangsarbeit im Nationalsozialismus war laut Kräutler bis in die 1980er Jahre äußerst gering. In erster Linie wurde jüdischen Menschen als Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Zwangsarbeiter*innen, aber auch Kriegsgefangene,

⁵ Vgl. Ebd.

⁶ Vgl.: Meyer, Beate: Am Anfang kamen sie als Touristen. Reisen ehemaliger deutscher Juden in ihre früheren Heimatstädte, in: Frank Bajohr/ Axel Drecol/ John Lennon (Hrsg.), Dark Tourism. Reisen zu Stätten von Krieg, Massengewalt und NS-Verfolgung, Berlin: Metropol 2020, S. 100

⁷ Vgl. Ebd.: S. 99.

Homosexuelle, Sinti und Roma und Euthanasieopfer waren weitestgehend vergessene Opfer der NS-Zeit in Deutschland. Mit dem Aufkommen der Frage nach Beteiligungen deutscher, oftmals noch bestehender Firmen in den Komplex der Zwangsarbeit sowie durch die Etablierung von Geschichtswerkstätten und anderer Initiativen ab Mitte der 1980er Jahre zur Erforschung von Zwangsarbeit wurde dieses Thema in die deutsche Öffentlichkeit getragen.⁸

Aufgrund der politischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa, die zu besseren und einfacheren Möglichkeiten der Kontaktaufnahme führten, meldeten sich ab den 1980er Jahren vermehrt ehemalige Zwangsarbeiter*innen, oft in Verbindung mit der Hoffnung auf erste Entschädigungszahlungen, zu Wort. Laut Kräutler wurden bis in die späten 1990er Jahre ehemalige Zwangsarbeiter*innen durch viele regionale Geschichtswerkstätten und Initiativen ausfindig gemacht und an die Orte ihrer Zwangsarbeit nach Deutschland eingeladen. Diese Einladungen hatten verschiedene Anliegen. Einerseits lag die Anerkennung und Würdigung der Opfer im Vordergrund. Andererseits sollte durch diese Einladungen der Entschädigungsprozess vorangetrieben werden. Darüber hinaus hatten die Einladungen und Begegnungswochen das Anliegen in Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit ein Bewusstsein einerseits für die Verantwortung und andererseits für die Verpflichtung gegenüber den Opfern zu schaffen.⁹

Generell ist die Entstehung von Begegnungswochen und Besuchsprogrammen ehemaliger jüdischer Bürger*innen oder ehemaliger Zwangsarbeiter*innen Kräutler zufolge von verschiedenen, regional bedingten Faktoren abhängig. Verschiedene Gemeinsamkeiten können in diesen Faktoren ausgemacht werden. Ein entscheidender Faktor, der in vielen Städten und Gemeinden, unter anderem auch in Stadtallendorf zu einem Beginn der Auseinandersetzungen mit dem Komplex der Sprengstofffabriken in Zusammenhang mit Zwangsarbeit und den Zwangsarbeiter*innen geführt hat, war der bereits zuvor erwähnte Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten zwischen 1981-1985 mit dem Thema „Alltag im Nationalsozialismus“.¹⁰ Im Zuge von Nachforschungen im Rahmen des Geschichtswettbewerbs zu

⁸ Vgl.: Kräutler, Anja: „Dieselbe Stadt - und doch eine ganz andere“: Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer. Berlin: Fonds „Erinnerung und Zukunft“ 2006, S. 49f.

⁹ Vgl. Ebd.: S. 50 f.

¹⁰ Vgl. Ebd.: S. 14

dem Verbleib von jüdischen Bürger*innen wurden erstmals Namen und Adressen ehemaliger jüdischer Bürger*innen und Zwangsarbeiter*innen in verschiedenen Städten, unter anderem in Koblenz, Krefeld und Tönisvorst gesammelt, was eine Basis für spätere Besuchsprogramme bildete.

Anschließend an diese ersten Nachforschungen, welche häufig von Schüler*innengruppen ausgingen, wurden Geschichtswerkstätten oder historische Arbeitskreise zur vertiefenden Erforschung der NS-Geschichte von Kommunen, Gemeinden und Städten gegründet. Diese intensiviertere Erforschung der Geschichte setzte laut Kräutler Städte und Gemeinden zunehmend unter Druck, diese Erforschung zu unterstützen und selbst Initiative zu ergreifen.¹¹ Kommunale Besuchsprogramme profitierten und profitieren Kräutler zufolge *„in hohem Maße vom ehrenamtlichen Engagement bürgerschaftlicher Initiativen und Vereine. Diese haben oft den Anstoß zur Einladung gegeben und sind meistmaßgeblich in die Planung und Durchführung der kommunalen Programme involviert. Die Unterstützung der Kommunen ist umgekehrt meist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass das ehrenamtliche Engagement nicht nur angemessen gewürdigt, sondern vor allem auch über längere Zeit finanziell und strukturell gestärkt wird“*.¹²

Diese Entwicklung, die Erforschung in die Hände der Städte und Kommunen zu geben, wurde durch zwei Entwicklungen verstärkt. Einerseits wurde durch den deutschen Städtetag 1980 eine Umfrage unter seinen Mitgliedern bezüglich der Unterstützung von Besuchsreisen ehemaliger jüdischer Bürger*innen durchgeführt. Durch diese Befragung wurden Besuchsprogramme und Begegnungswochen auf die Agenda von Städten und Kommunen gesetzt. Andererseits wirkten ab 1981 die insgesamt 76 über Deutschland verteilten deutsch-jüdischen Gesellschaften zunehmend auf die Einladung ehemaliger jüdischer Bürger*innen hin.¹³ In den 1980er- und 90ern kam es zu einer Diversifizierung der Besuchsprogramme. Einladungen wurden nicht mehr ausschließlich durch Städte ausgesprochen, sondern auch Institutionen luden ehemalige Zwangsarbeiter*innen ein.¹⁴

¹¹ Vgl. Ebd.: S. 15

¹² Ebd.: S. 68.

¹³ Vgl. Ebd.: S. 15 f.

¹⁴ Vgl. Ebd.

Fazit

Die Stadtallendorfer Begegnungswoche fand in einem besonderen Kontext und in einem besonderen zeitlichen Abschnitt der Erinnerungskultur bezüglich der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland statt. Wie im zweiten Abschnitt der Arbeit gezeigt wurde, wandelte sich der Fokus der kollektiven Erinnerung von einem Gedenken an die deutschen Helden des Krieges hin zu einem auf die Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus. Genau in diese Entwicklung lassen sich die Forschungsprojekte der Schüler*innengruppen 1982 und 1983, die Konstituierung der Arbeitsgruppe und die Begegnungswoche 1990 einordnen.

Es gab in großen Teilen der Bevölkerung Deutschlands ein Bedürfnis, neue Facetten des Nationalsozialismus aufzudecken und zu dokumentieren, auch in Stadtallendorf. Begegnungswochen für ehemalige jüdische Bürger*innen oder ehemalige Zwangsarbeiter*innen sowie Zeitzeug*innengespräche waren ein wichtiger Aspekt dieser Entwicklung. Interessant ist der Kontakt der Stadtallendorfer Arbeitsgruppe mit anderen Gruppen oder Institutionen und der daraus resultierende Erfahrungsaustausch. Auch die Tendenz, dass zuerst Privatpersonen oder private Initiativen lokale NS-Geschichte erforschten und dann aufgrund von öffentlichem Druck Städte und Kommunen dies unterstützten, ist in Stadtallendorf gut nachzuvollziehen.

Besonders muss der immense zeitliche und finanzielle Aufwand sowohl für die Arbeit der Arbeitsgruppe wie auch für die die Planung und Durchführung der Begegnungswoche hervorgehoben werden. Wie dargestellt führten verschiedene Städten und Gemeinden Begegnungswoche und Besuchsprogramme durch, jedoch ist gerade das Ausmaß in Stadtallendorf für Deutschland und eine eher kleinere Stadt außergewöhnlich.

David Paul B.A. studiert im Masterstudiengang Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

Literaturverzeichnis

- Klewitz, Bernd. Die Arbeitssklaven der Dynamit Nobel. Ausgebeutet und Vergessen. Ramsloh: Verlag Engelbrecht 1986.
- Kräutler, Anja: Dieselbe Stadt - und doch eine ganz andere": Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer. Berlin: Fonds „Erinnerung und Zukunft“ 2006, S. 68.
- Meyer, Beate: Am Anfang kamen sie als Touristen. Reisen ehemaliger deutscher Juden in ihre früheren Heimatstädte, in: Frank Bajohr/ Axel Drecolll/ John Lennon (Hrsg.), Dark Tourism. Reisen zu Stätten von Krieg, Massengewalt und NS-Verfolgung, Berlin: Metropol 2020, S. 97-110.

Weiterführende Literatur zu Begegnungswochen in Deutschland

- Nikou, Lina: Besuche in der alten Heimat. Einladungsprogramme für ehemals Verfolgte des Nationalsozialismus in München, Frankfurt am Main und Berlin
- Kräutler, Anja: Dieselbe Stadt - und doch eine ganz andere": Kommunale und bürgerschaftliche Besuchsprogramme für ehemalige Zwangsarbeiter und andere Opfer URL: (https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Publikationen/Studien/2006_begegnungen.pdf)
- Fings, Karola: Begegnungen am Tatort. Besuchsprogramme mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen. Ein Leitfaden [hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.; Deutscher Städtetag; Projektgruppe Messelager], Düsseldorf 1998.
- Ewald, Karin/Lehnert, Hilde: Man kannte doch ihre Namen. Frühere Zwangsarbeiter aus Polen zu Gast in Herford. In: Deckname Genofa. Zwangsarbeit im Raum Herford 1939 bis 1945. Ein Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS (= Herforder Forschungen, Bd. 6). Hg. v. Helge Kohne u. Christoph Laue. Bielefeld 1992, S. 169-178.
- Kohne, Helga: Ganz nah war die Vergangenheit. Ehemalige Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine zu Gast in Herford. In: Mariupol - Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945. Ein

Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS (= Herforder Forschungen, Bd. 11). Hg. v. Helga Kohne u. Christoph Laue. Bielefeld 1995, S. 127-157.

- Kulturamt der Stadt Tübingen/Förderverein zur Erforschung der Heimatgeschichte des Nationalsozialismus im Landkreis Tübingen (Hg.): vorbei und nicht vergessen. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter als Gäste in Tübingen, 12-19. Mai 1991 (= Kleine Tübinger Schriften, Heft 16). Tübingen 1992.
- Podgajewskaja u.a.: Gruáwort der ukrainischen Frauen. In: Mariupol - Herford und zurück. Zwangsarbeit und ihre Bewältigung nach 1945. Ein Lesebuch der Geschichtswerkstatt Arbeit und Leben DGB/VHS (= Herforder Forschungen, Bd. 11). Hg. v. Helga Kohne u. Christoph Laue. Bielefeld 1995, S. 9f.
- Gisela Wenzel: Vergessene Lager - vergessene Opfer, Spurensuche in der Tschechischen Republik und der GUS, in: Scholze-Irrlitz, Leonore/ Noack, Karoline (Hrsg.), Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg 1939 - 1945, Berlin, 1998, S. 35 - 44
- Wenzel, Gisela: "Die Rechtlosigkeit begleitete uns den ganzen Krieg lang auf Schritt und Tritt". Zum Besuch ehemaliger Heinkel-Zwangsarbeiter in Berlin und Oranienburg. In: Rundbrief der Berliner Geschichtswerkstatt e.V., 1/2000, S. 17-24. URL: (<https://wetzlar-erinnert.de/ns-zwangsarbeit/neue-ausstellung/tafel-5/>)